

„Nein, jeder Bürger unseres Staates muss
um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen
und zu einem Urteil befähigt sein,
denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung,
deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist“
(Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, 1957, S. 7).

**„Wer die Geschichte vergisst,
ist dazu verdammt,
sie zu wiederholen!“**



AK Außenlager Flossenbürg der Evang. Jugend Oberfranken



Inhaltsverzeichnis

Grußwort von Regionalbischöfin Dr. Dorothea Greiner und Regionalbischof Dr. Hans-Martin Weiss	3
Vorwort zur 2. Auflage	4
1. Erinnerungsarbeit der EJO	5
2. Die Endphase der Weimarer Republik als Verschärfung der gesellschaftlichen Erkrankung	6
3. Die klassische Wirtschaftslehre	10
4. Lehren aus der Geschichte - gezogen in der Wirtschaftspolitik	11
5. Lehren aus der Geschichte - Einsichten des Widerstands gegen Hitler	13
6. Lehren aus der Geschichte - gezogen in den Verfassungen und internationalen Abkommen	15
7. Die Rückkehr des Marktglaubens	17
8. Folgen	18

Hrgs. Arbeitskreis Außenlager Flossenbürg der Evang. Jugend Oberfranken, Sprecherin Kathrin
Küffner, Geschäftsführung: Amt für evang. Jugendarbeit, Hans Schlicht.
Postfach 450131, 90212 Nürnberg; schlicht@ejb.de
1. Auflage (Okt. 2007), 1.500 Ex
2. überarbeitete Auflage (Okt. 2011), 500 Ex.

**Grußwort
von Regionalbischöfin Dr. Dorothea Greiner
und Regionalbischof Dr. Hans-Martin Weiss**

Im Juli 2011 wurde die Evangelische Jugend in Oberfranken für ihr Engagement in der internationalen Jugendbegegnungsarbeit mit dem Wilhelm- von-Pechmann-Preis ausgezeichnet. Dazu gratulieren wir herzlich. Seit dem Jahr 1999 ermöglichen die internationalen Jugendtreffen auf dem Gelände des ehemaligen KZs Flossenbürg Jugendlichen aus verschiedenen Ländern die Begegnung mit Zeitzeugen. Ziel ist, aus der Geschichte zu lernen. Getragen wird die Arbeit durch den „AK Außenlager Flossenbürg“, der im Januar 1992 durch die Regionalkonferenzen der Evangelischen Jugend Oberfranken (EJO) und der Evangelischen Jugend Oberpfalz gegründet wurde. Im Jahr 2006 fragte der Arbeitskreis auch nach den wirtschaftlichen Ursachen des Nationalsozialismus. 2007 entstand das Heft, dessen Neuauflage nun vorliegt.

Dass und wie Evangelische Jugend im Horizont eines so geschichtsträchtigen Ortes wie Flossenbürg sich Gedanken macht um die massiven gegenwärtigen Sozial- und Wirtschaftsprobleme, ist begrüßenswert und unterstützungswürdig. Gerade eine geschichtsbewusste Perspektive kann in der heutigen Lage hilfreich sein zur notwendigen Orientierung und Diskussion.

Man muss gewiss nicht jeder hier geäußerten These im Einzelnen zustimmen. Zum Beispiel wird die Frage, ob die heutige wirtschaftliche Situation der in der Endphase der Weimarer Republik vergleichbar ist, heute durchaus kontrovers diskutiert. Auch ist die These, evangeliumsgemäßes Leben sei in allen Religionen und Kulturen möglich, nicht eben falsch (man denke an Karl Barths „Lichterlehre“), doch darf sie nicht so missverstanden werden, als ob es des Evangeliums gar nicht bedürfte, um ihm gemäß das Leben zu gestalten. Das Gegenteil ist sicher gemeint. Jedenfalls gehören die sozial- und wirtschaftstheoretischen Argumente dieses Papiers allemal in den laufenden Diskurs hinein und verdienen Respekt. Wir wünschen ihnen in diesem Sinne Aufmerksamkeit und Gehör.



Dorothea Greiner

Dr. Dorothea Greiner
Oberkirchenrätin
im Kirchenkreis Bayreuth



Dr. Hans-Martin Weiss

Dr. Hans-Martin Weiss
Oberkirchenrat
im Kirchenkreis Regensburg

Vorwort zur zweiten Auflage

Frage: In welchem Jahr kaufte die amerikanische Regierung von den Banken für drei Milliarden Dollar faule Hypothekenkredite und unterstützte von Zwangsversteigerung bedrohte Hauseigentümer?¹

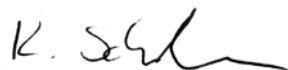
Falsch. Mit drei Milliarden war 2008 sehr wenig auszurichten. Da benötigten die USA weit mehr als das 200-fache der zahlenmäßigen Summe.² Allerdings: bezogen auf das damalige Bruttoinlandsprodukt und unter Berücksichtigung der seitherigen Geldentwertung dürften die drei Mrd. von 1933 den 700 Mrd. von 2008 sehr nahe kommen.

In der EJ Oberfranken begann vor knapp 10 Jahren - zögernd, zweifelnd, kontrovers, leise, unbeachtet - eine Debatte um Parallelen und Unterschiede des Scheiterns der Weimarer Republik. Manchen lagen die Unterschiede zu Weimar so klar vor Augen, dass sie schon die Diskussion für fraglich hielten. Doch seit Ende 2007 sind die skeptischen Stimmen sehr leise. Dafür wächst die Verwunderung und die Verärgerung darüber, dass trotz dieser „Finanz- und Wirtschaftskrise“ wieder spekuliert und gezockt wird.


Wir möchten nicht versäumen, klar zu legen, was man gegen eine neue Weltwirtschaftskrise tun kann und damit zugleich den Inhalt des nachstehenden Heftes zusammenfassen: Wir müssen die Untugenden von Gier und Geiz, von Egoismus und Rücksichtslosigkeit, von sozialer Kälte und die Verachtung von Nächstenliebe und Solidarität in allen Bereichen eindämmen. Auch und besonders in der Wirtschaft.

Wie erkannte schon Franklin Delano Roosevelt mit Blick auf die Weltwirtschaftskrise 1929, die letztlich den 2. Weltkrieg auslöste: „Dass rücksichtsloser Egoismus in moralischer Hinsicht falsch ist, wussten wir schon. Jetzt wissen wir, dass er auch in wirtschaftlicher Hinsicht falsch ist.“

Die Evang. Jugend Oberfranken weiss auch, dass sich Geschichte nicht Eins-zu-Eins wiederholt. Dennoch, die gleichen Werthaltungen führen zu den immer gleichen Verwerfungen. Heute heißen diese Verwerfungen wieder: Demokratieskepsis, Armut auch in reichen Ländern und erschreckende Ungleichheit, Perspektivlosigkeit, Zwang, sich auf die Maximierung des Eigennutzes zu konzentrieren, liebäugeln mit rechtsextremen Ideologien



Kathrin Schumacher
Sprecherin des AK Außenlager
Flossenbürg der EJO



Jörg Schröder
stv. Sprecher des AK Außenlager
Flossenbürg der EJO

¹ richtige Antwort: 1933

² Vgl: Die Hilfe kommt, die Kurse fallen vom 03.10.2008;
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,582130,00.html>

1. Erinnerungsarbeit der Evang. Jugend Oberfranken

Als Christen glauben wir: Jeder Mensch ist einmalig, unersetzlich, von Gott geschaffen, mit Freiheit und Würde ausgestattet. Freiheit und Würde, die nicht genommen werden können - höchstens unterdrückt. In der Begegnung mit Überlebenden des KZ Flossenbürg und der Auseinandersetzung mit ihren Berichten über Folterer und Mörder erkennen wir jedoch, wozu Menschen auch fähig sein können. Durch die Erzählungen Überlebender über Mitgefangene wuchs in uns oft der tief empfundene Wunsch, sie mögen nicht „umsonst“ gestorben sein.

So unterschiedlich Überlebende glauben, beten, denken - in einem sind alle einig: „Nie wieder!“, darf solch Entsetzliches geschehen.

Doch, „der Humus Zivilisation“, so einer der Überlebenden in Flossenbürg, sei „sehr, sehr dünn und kann von den Stürmen der Zeit sehr schnell weggepustet werden.“

Eine der wichtigsten Fragen wurde: Wie kann ein gesellschaftlicher Rahmen geschaffen werden, der den „Humus der Zivilisation“ mehrt - statt wegbläst? Wie kann so immer mehr die Gottesebenbildlichkeit von immer mehr Menschen immer sichtbar werden - statt ihrer Fähigkeit zur „Teufelsähnlichkeit“?

In der Auseinandersetzung mit der Ideologie des Nationalsozialismus erkannten in den vielen Jahren hunderte von Teilnehmenden und Mitarbeitenden von Bildungsmaßnahmen und den Internationalen Jugendbegegnungen, wie - eigentlich schnell und leicht- ein Volk in der Barbarei versinken kann.

In den Jahren wurde immer deutlicher, dass es sich beim Nationalsozialismus um ein „pathologisches“ System handelt. Wie jede andere Krankheit, hat auch die Pathologie des Nationalsozialismus eine Vorgeschichte, die zu ignorieren unvermeidlich zu einer falschen Therapie führte. 1991 erfolgte die formale Beschlussfassung der Evang. Ju-

Theologische Grundlegung für das Eintreten gegen rechtsextremistische Ideologie

Die Theologische Grundlegung orientiert sich am Kriterium der „Schriftgemäßheit“ und der „Zeitgemäßheit“. „Schriftgemäß“ meint dabei die Anwendung der Bibel, „soweit sie Christum treibet“ (Martin Luther).

1. Das Evangelium von Christus hat seinen ursprünglichen Ort in der Geschichte des Glaubens Abrahams, der seinen Ausgang nimmt im heutigen Irak, über Ägypten, Palästina nach Rom und in die ganze Welt.

2. In Christus, dem neuen Adam (Adam-Christus-Typologie nach Römer 5). (1) steht der Mensch nicht mehr vor Gott als „Jude“ oder „Heide“, sondern als überkulturelles Wesen und Individuum. Damit ist eine Klassifizierung nach Blutzusammenhang, Territorium, Sprache, Kultur und Religion überholt.

3. Der Mensch ist Gottes Kind ohne Ansehen seiner Herkunft, Kultur, Hautfarbe oder Religion, auch wenn die Kirche Christi an dieser Botschaft immer wieder versagt hat (Antisemitismus, Kreuzzüge, 30-jähriger Krieg, Weltkriege und 3. Reich).

4. Das begründet in ethischer Hinsicht Respekt, Liebe und Barmherzigkeit (s. Mt. 25) allen Menschen gegenüber und eine grundsätzliche Bereitschaft sich zu verbinden, sowie gemeinsame Nachkommen zu zeugen und dieses als zukunftsweisende Chance zu begreifen.

5. Das Handeln der Kirche ist der Gerechtigkeit Gottes verpflichtet, der als Schöpfer aller Geschöpfe diesen zukommen lassen will, was sie brauchen: Brot, Arbeit, Obdach, Liebe.

6. Einer Einteilung von Menschen in Gruppen mit bestimmten Eigenschaften hat die Kirche Christi deutlich entgegenzutreten. Territoriales und völkisches Denken ist dem Evangelium zutiefst wesensfremd. Es begründet auch keine religiöse Kultur mit bestimmten identitätsstiftenden Verrichtungen (s. ähnlich sinngemäß schon Bonhoeffer)

7. Kirche hat deutlich zu machen, dass evangeliumsgemäßes Leben (= an der Verkündigung Jesu orientiertes Leben) sich in allen Religionen und Kulturen konkretisieren kann, auch wenn andere Begriffe zur Anwendung kommen. Ein Urteil darüber steht allein Gott zu.

(1) Paulus führt hier aus, dass durch „Adam“, den alten Menschen die Sünde, d. h. die Trennung von Gott, in die Welt gekommen ist, und dass es deshalb des „Gesetzes“ bedurfte, um das Schlimmste zu verhüten. Auf der Ebene des Gesetzes wären Heimat, Muttersprache, Kultur, Religion anzusiedeln. Christus ist des Gesetzes Ende zumal da, auch jetzt schon, wo das Gesetz, nicht der Liebe und der Gerechtigkeit dient, sondern als Waffe angewendet wird.

Herbert Sörgel, Pfarrer

aus einem Diskussionspapier des Arbeitskreis Außenlager Flossenbürg der EJO zu den Motiven, gegen Rechtsextremismus einzutreten

gend Oberfranken (EJO) über die Gründung eines „Arbeitskreis Außenlager Flossenbürg“. Schon lange zuvor hatte sich die EJ intensiv mit dem Nationalsozialismus und seinen unmenschlichen Exzessen befasst.

Erich Kästner, 1928

Morgen Kinder wirds nichts geben

Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Nur wer hat, kriegt noch geschenkt.
Mutter schenkte euch das Leben.
Das genügt, wenn man's bedenkt.
Einmal kommt auch eure Zeit.
Morgen ist's noch nicht soweit.

Doch ihr dürft nicht traurig werden.
Reiche haben Armut gern.
Gänsebraten macht Beschwerden.
Puppen sind nicht mehr modern.
Morgen kommt der Weihnachtsmann.
Allerdings nur nebenan.

Lauft ein bisschen durch die Straßen!
Dort gibt's Weihnachtsfest genug.
Christentum, vom Turm geblasen,
macht die kleinsten Kinder klug.
Kopf gut schütteln vor Gebrauch!
Ohne Christbaum geht es auch.

Tannengrün mit Osrambirnen –
Lernt drauf pfeifen! Werdet stolz!
Reißt die Bretter von den Stirnen,
denn im Ofen fehlt's an Holz!
Stille Nacht und heil'ge Nacht –
Weint, wenn's geht, nicht! Sondern lacht!

Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Wer nichts kriegt, der kriegt Geduld!
Morgen, Kinder, lernt fürs Leben!
Gott ist nicht allein dran schuld.
Gottes Güte recht so weit ...
Ach, du liebe Weihnachtszeit!

2. Die Endphase der Weimarer Republik als Verschärfung der gesellschaftlichen Erkrankung („Pathogenese“)

Die EJO hat sich daher verstärkt mit der Vorgeschichte des Nationalsozialismus befasst und die vielfachen Parallelen der Weimarer Republik mit zunehmenden Erschrecken zur Kenntnis genommen. Namhafte Autoren warnen seit Mitte der 90er- Jahre vor einem „Vorwärts in die dreißiger Jahre“ wie etwa Hans Peter Martin und Harald Schuhmann, die 1997 in ihrem Buch „Die Globalisierungsfalle“¹ erinnern, wie die Durchsetzung der Gesetze des freien Marktes schon damals „ihr Scheitern in sich trug, weil die Politik des laissezfaire fortwährend die soziale Stabilität zerstörte.“² „Unsere Gesellschaften sind heute (...) mit demselben Problem konfrontiert wie die Gesellschaften des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts . Das Problem waren auch damals die Exzesse des Kapitalismus“, vermerken die Autoren der Gruppe von Lissabon in „Grenzen des Wettbewerbs“³ 1995. Markante Parallelen zu heute zeigen sich in der Endphase der Weimarer Republik ab 1930.

Der Schwarze Freitag des 25. Oktober 1929 bedeutete das Ende der damaligen „Globalisierung“ (die man Internationalisierung nannte). In den USA gab es bis dahin eine „Pflicht, reich zu sein“⁴. Und, tatsächlich, viele wurden es in der damaligen „New Aera“. Die NSDAP instrumentalisiert das Unwohlsein breiter Schichten mit diesem Finanzsystem und unterteilte Kapital in „raffendes“ (angeblich jüdisches) und „schaffendes“.

Doch, nach dem Kurssturz waren die kreditfinanzierten Aktien zuvor notorischer Optimisten kaum mehr das Papier wert. Viele stürzten sich aus Verzweiflung aus dem Hochhaus der New Yorker Börse. Es begann die Weltwirtschaftskrise. Weltweit stieg die Arbeitslosigkeit und sie kletterte von Rekord zu Rekord. Soziales Elend, Hunger, Kälte, Mangelkrankheiten wurden für immer mehr Menschen zu brutaler Wirklichkeit.

In Deutschland zerbrach am 27. März 1930

Der schwarze Freitag

D 1966 – Länge: 01:15

Dokumentarspiel um den New Yorker Börsenkrach 1929

Zu den schicksalsschwersten Daten in der Geschichte der zivilisierten Welt gehört der 25. Oktober 1929, der „Schwarze Freitag“. Die Weltwirtschaftskrise, die Verzweiflung und Selbstmord, Arbeitslosigkeit, Massenverelendung, politische Radikalisierung und schließlich den 2. Weltkrieg im Gefolge hatte, nahm mit dem New Yorker Börsenkrach an diesem Tage ihren Anfang.

<http://www.filmdb.de/filmanzeige.php?filmid=Der%20schwarze%20Freitag>

Der Film im Internet:

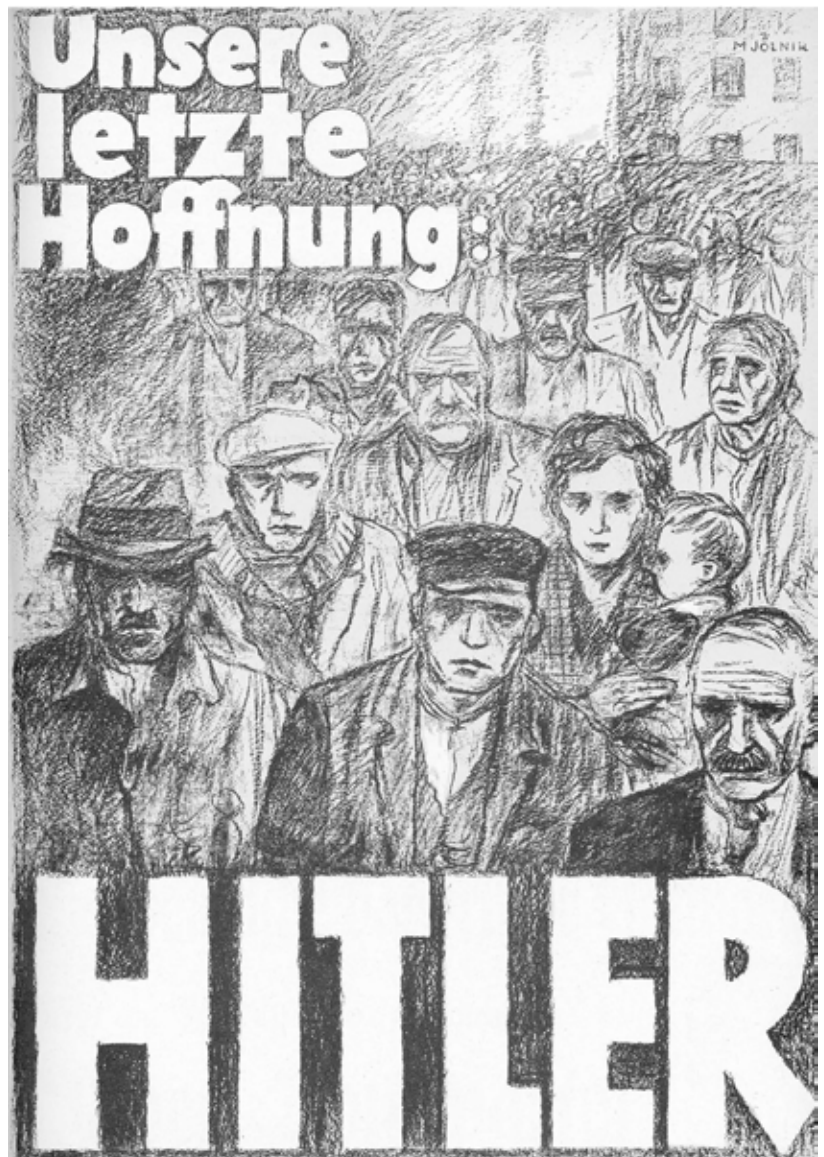
<http://www.videogold.de/der-schwarze-freitag/>

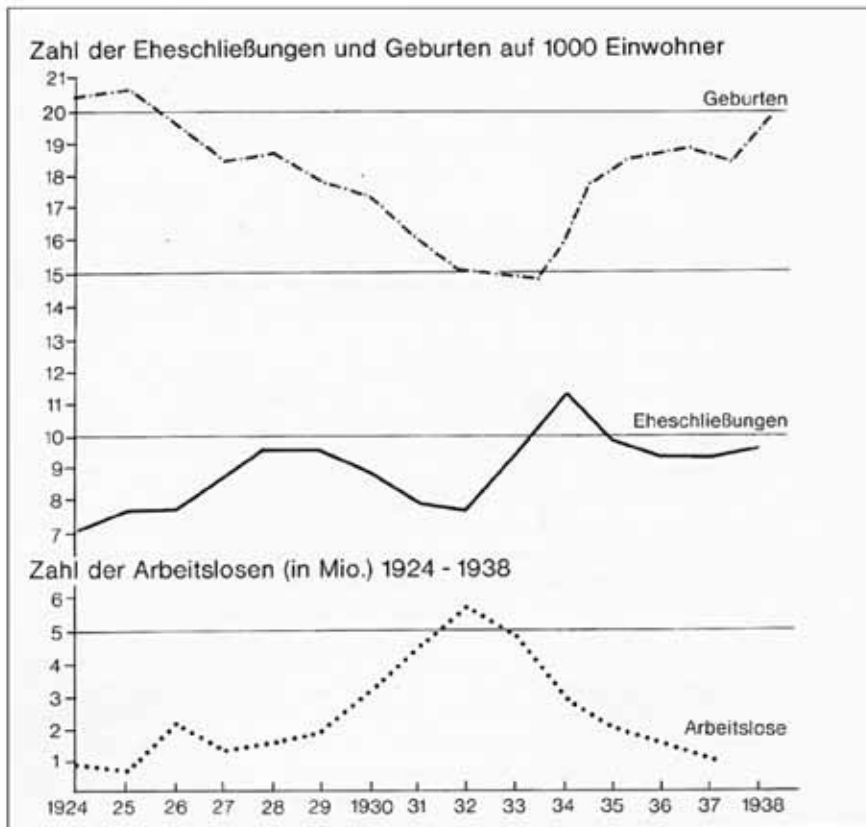
die große Weimarer Koalition, die von dem Sozialdemokraten Hermann Müller geführt wurde. Beim Stand von 2 Millionen Arbeitslosen einigte man sich noch auf ein Sparprogramm und auf Steuersenkungen zulasten der sozial Schwächeren und zugunsten der Wohlhabenden. Durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde es nötig, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 4%, zu erhöhen - die hälftig von den Arbeitgebern mitgetragen wurden. An dieser Anpassung zerbrach die Regierung Müller. Viele hielten die - verglichen mit heute - äußerst geringen Leistungen für eine „soziale Hängematte“ und für die eigentliche Ursache der hohen Arbeitslosigkeit. Mit dem Ende der Regierung Müller begann die letzte Phase der Weimarer Republik. Es folgte der Christ und Gewerkschafter Heinrich Brüning mit einer Regierung, die sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten Hindenburg und weniger auf das des Parlaments stützte.

Brüning verschärfte den, in der Endphase der großen Koalition bereits eingeleiteten Kurs: Er senkte die Beamtgehälter, die staatlichen Unterstützungsleistungen, erreichte die Senkung von Löhnen, verfügte Leistungskürzungen im Krankheitsfall,

senkte die Gewerbesteuern, erhöhte die Steuern auf Bier und Tabak... .

Brüning konnte sich auf den damaligen „wissenschaftlichen“ Mainstream berufen. Nach ihm könne nur der freie Markt ohne staatliche Regeln Wohlstand für alle bewirken. So verlangte die Deutsche Industrie in einem Grundsatzpapier: „Für den jetzigen höchst bedenklichen Zustand sind [...] die verfehlten Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik verantwortlich [...]. Die Wiederherstellung der Rentabilität in den Betrieben und die Eigenkapitalbildung in





den Unternehmungen sind entscheidend für die Wiederbelebung [...] der deutschen Wirtschaft.“⁵

Entsprechend forderte der Medienmogul seiner Zeit, Alfred Hugenberg, der mittels seiner Medienmacht Hitler im ganzen Reich bekannt machte: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Und Gustav Hartz, ein Sprecher der Gegner des Weimarer Sozialsystems verlangte in seinem Buch „Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit“ (1928) an die Stelle der Sozialversicherung individuelles Zwangsparen zu setzen.⁶

In allen wichtigen Ländern entschloss man sich zur genau gegenteiligen Wirtschaftspolitik Brünnings: In den USA verfolgte Präsident F.D. Roosevelt eine Politik des „New Deal“, die darauf zielte, den extrem gewordenen Reichtum an die Schwachen zurückzuverteilen. Ähnlich agierte man in England mit dem „Keynesianismus“ und

in Schweden mit dem Konzept des „Volks-haus“ - überall dort konnten einigermaßen stabile parlamentarische Demokratien bewahrt werden.

Die Folgen in Deutschland waren - neben der Not - eine massenhaft verbreitete Zukunftsangst - die Zahl der Eheschließungen und der Geburten sank Jahr um Jahr und Politiker forderten eine „Ledigensteuer“. Mittellosigkeit, Angstsparen und durch die Lohnsenkungspolitik induzierte sinkende Preise entzog den Geschäften die Nachfrage, die diese an die Hersteller weitergaben. Die Arbeitgeber reagierten mit weiteren Entlassungen, entzogen so dem Handel die Nachfrage, führten zu weiterer Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst

Zwar leiteten Brünnings Nachfolger, von Papen und Schleicher, ab 1. Juni 32 eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik (unter politisch reaktionärem, obrigkeitstaatlichen Vorzeichen) durch die Vergabe öffentlicher Arbeiten, die Prämierung von Neueinstellungen, die Planung einer staatlichen Konjunkturpolitik, ein - für die Weimarer Demokratie kam dies aber zu spät. Sicher, es gab auch Unterschiede zu unserer heutigen Situation, etwa eine mangelnde Unterstützung der Weimarer Demokratie durch die Kirchen. Es wäre falsch, die Weimarer Republik gleich zu setzen mit der Bundesrepublik von Bonn und Berlin. Auslandsverschuldung durch den Vertrag von Versailles, die weit größere materielle Not, ein -wohlmöglich- geringere Verankerung des demokratischen Gedankens im Volk... . Vergleiche, als Feststellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Sinne Walther von Rathenau, sind aber erlaubt und nötig. Sie scheinen gerade mit Blick auf Weimar und Bonn/Berlin und die heutige Gedenkstättenarbeit - die den Aspekt bundesweit kaum oder nicht bearbeitet-nötiger denn je.

1930 Kurt Tucholsky, Die freie Wirtschaft

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf Euren Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein.
Wir wollen freie Wirtschaftler sein!

Fort die Gruppen – sei unser Panier!
Na, ihr nicht.
Aber wir.

Wir diktieren die Preise und die Verträge –
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.

Ihr braucht keine Heime für Eure Lungen,
keine Renten und keine Versicherungen.
Ihr solltet Euch allesamt was schämen,
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehen –
Wollt Ihr wohl auseinandergehen!
Keine Kartelle in unserem Revier!
Ihr nicht.
Aber wir.

Wir bilden bis in die weiteste Ferne
Trust, Kartelle, Verbände, Konzerne.
Wir stehen neben den Hochofenflammen
In Interessengemeinschaften fest zusammen.
Wir diktieren die Preise und die Verträge –
Kein Schutzgesetz sei uns im Wege.
Gut organisiert sitzen wir hier...
Ihr nicht.
Aber wir.

Was ihr macht, ist Marxismus.
Nieder damit!
Wir erobern die Macht, Schritt für Schritt.
Niemand stört uns. In guter Ruh
seh'n Regierungssozialisten zu.
Wir wollen euch einzeln. An die Gewehre!
Das ist die neueste Wirtschaftslehre.
Die Forderung ist noch nicht verkündet,
die ein deutscher Professor uns nicht begründet.
In Betrieben wirken für unsere Idee
Die Offiziere der alten Armee,
die Stahlhelmlleute, Hitlergarden...

Ihr, in Kellern und in Mansarden,
merkt ihr nicht, was mit euch gespielt wird?
Mit wessen Schweiß der Gewinn erzielt wird?
Komme, was da kommen mag.
Es kommt der Tag,
da ruft der Arbeitspionier:
„Ihr nicht.
Aber Wir. Wir. Wir.“

Ihr sagt: Die Wirtschaft müsse bestehen.
Eine schöne Wirtschaft! Für wen? Für wen?

Das laufende Band, das sich weiterschiebt,
liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.
Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht
Eure eigene Kundschaft kaputtgemacht.
Denn Deutschland besteht –
Millionäre sind selten –
aus Arbeitern und aus Angestellten!

Und Eure Bilanz zeigt mit einem Male
einen Saldo mortale.
Während Millionen stempeln gehen.
Die wissen, für wen!

(Aus: Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke, Rowohlt 1995)

3. Die klassische Wirtschaftslehre

Nicht vom Wohlwollen des Brauers, Metzgers, Bäckers erwarten wir gutes Bier, Wurst, Brot, sondern von seiner Bedacht-
nahme auf seinen Eigennutz“. Der Ethiker Adam Smith gilt als Begründer der klassischen Wirtschaftslehre⁸. Den Hintergrund seines Werks „Der Wohlstand der Nationen“ (1776) bildet das Elend von Hunger, Hungerkrankheit, Hungertod in Schottland. Die Verantwortlichen, die schottischen Fürsten, beriefen sich auf den christlichen Gott der Bibel, durch den sie sich eingesetzt und legitimiert fühlen.

Nicht der Appell an Moral und Tugenden des Einzelnen, so will Smith verstanden wissen, nicht Nächstenliebe, Rücksicht, Selbstlosigkeit bringen den Nationen Wohlstand, sondern der Egoismus jedes Einzelnen. Schließlich, so Smith, schwebte über freien, vom Staat unbehelligten Märkten, eine „Unsichtbare Hand“, die Gier, Geiz, Rücksichtslosigkeit, Egoismus der Einzelnen in Wohlstand für alle verwandele. Die „Unsichtbare Hand“ ist von Anbeginn an als Gegengott zum vermeintlich christlichen Gott, auf den sich die Fürsten beriefen, konzipiert. Friedrich August von Hayek (1899 - 1992), ein Verfechter des „freien Markts“ hielt die „Unsichtbare Hand“ für „unfehlbar“.

Aus diesem Glauben, dass nur freie Märkte und nie der Staat Wohlstand schaffen könne, ergibt sich ein Weiteres: Nicht nur Einzelne, sondern auch Betriebe und auch der Staat müssen alleine ihrem egoistischen Interesse folgen. Die klassische Lehre kennt daher keine ausgleichende staatlichen Mechanismen (höchstens Polizei und Militär zum Schutz des Eigentums) oder volkswirtschaftlichen Erwägungen und folgt allein egoistischen betriebswirtschaftlichen Nützlichkeitsüberlegungen.

Eine wichtige Grundannahme der Klassik ist die von Jean-Baptiste Say (1767 bis 1832). Nach seiner These schafft sich jedes Angebot seine Nachfrage von selbst. Es sei daher nötig, die Bedingungen für die Wirtschaft zu verbessern - durch niedrige Löhne, Verzicht auf Besteuerung, Abschaffung

Erich Kästner (1931)

Auf einer kleinen Bank vor einer großen Bank ⁷

Worauf mag die Gabe des Fleißes,
die der Deutsche besitzt, beruhn?
Deutschsein heißt – der Deutsche weiß es –
Dinge um ihrer selbst willen tun.

Wenn er spart, dann nicht deswegen,
daß er später was davon hat.
Nein, ach nein, Geld hinterlegen
findet ohne Absicht statt.
Uns erfreut das bloße Sparen.
Geld persönlich macht nicht froh.
Regelmäßig nach paar Jahren
klaut Ihr's uns ja sowieso.
Nehmt denn hin, was wir ersparten
und verluderts dann und wann.
Und erfindet noch paar Arten,
wie man pleite gehen kann.

Wieder ist es Euch gelungen,
wieder sind wir auf dem Hund,
unser Geld hat ausgerungen
– Ihr seid hoffentlich gesund.

Heiter stehn wir vor den Banken,
Armut ist der Mühe Lohn.
Bitte, bitte, nichts zu danken.
Keine Angst, wir gehen schon.

Und empfindet keine Reue.
Leider wurdet Ihr ertappt.
Doch wir halten Euch die Treue,
und dann sparen wir aufs Neue,
bis es wieder mal so klappt.

von Gesetzen und andere Auflagen die die Unternehmen daran hinderten, ein größtmögliches Warenangebot zu schaffen. Aus seiner Theorie ergibt sich, dass alle Gesetze und Vorschriften - Kündigungsschutz, Ladenschluss-, Umweltschutzgesetze, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. - die die Unternehmen hindern, ein vermehrtes Angebot zu schaffen, unsozial seien. Arbeitern sei am besten gedient, wenn sie nicht geschützt würden. Der Umwelt sei am meisten geholfen, wenn der Staat auf seine Umweltschutzgesetze verzichte: Denn, nur die unsichtbare Hand, die über freien Märkten schwebt, Sorge für Wohlstand und Wohlergehen für alle. Der Freiheitsbegriff der Klassiker ist der, der Freiheit von „staatlicher Gängelung“ und des Rechts des Einzelnen, das in der Praxis immer das Recht des Stärkeren ist. Er fällt weit hinter die Erkenntnisse der Aufklärung des 18. Jahrhunderts zurück. Seit Jean Jacques Rousseau (1712 bis 1778) kann jede/r wissen: „Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt und das Gesetz, das befreit.“ Das Menschenbild und die Werte der klassisch- neoklassischen Lehre stehen von Anbeginn an im schroffen Gegensatz zu den christlich-humanitären Grundwerten und ihren Vorstellungen vom Menschen. Wirtschaftsliberale propagieren den Menschen als reines Einzelwesen, das fortwährend auf seinen egoistischen Vorteil bedacht sei. Alle Weltreligionen sehen den Menschen dagegen als Gemeinschaftswesen. Die Bibel -etwa- hält dies für so zentral, dass sie vom Schöpfungsbericht an (1.Mose 2,18, „Es ist nicht gut, dass der Mensch allein sei“) nicht müde wird zu erinnern, dass der Mensch auf Gemeinschaft angewiesen ist. Wirtschaftsliberale glauben nicht, dass Menschen fähig sind zu Solidarität, Einfühlungsvermögen und zur Anerkennung der legitimen Interessen des Anderen. Gleichheit ist für sie ein Gräuelp. „Soziale Gerechtigkeit“ ist für sie „kein Irrtum, sondern Unsinn wie ein moralischer Stein“⁹. Sie halten es für „unmoralisch, Geld von den Reichen zu nehmen, um es den Armen zu geben“¹⁰.

Impuls für die Jugendarbeit

Simulationsspiel: Der freie Markt

Die Teilnehmenden erhalten unterschiedliche Aufgaben. Es ist verboten zu sprechen, niemand weiß wer welche Aufgabe (≈ "Unternehmensziele") hat, auch nicht, wer die gleiche Aufgabe hat. Die Aufgaben werden schriftlich und verdeckt verteilt und sind:

- Alle Stühle mit der Lehne zur Wand – so, dass der darauf Sitzende zur Wand blicken würde
- Alle Stühle für einen großen Gesprächskreis anordnen
- Eine möglichst hohe Stuhlpyramide bauen
- Alle Stühle aus dem Raum tragen

Auf ein Zeichen des/der SpielleiterIn (z.B. mit einsetzender Musik) beginnt jede/jeder individuell seine Aufgabe zu erfüllen. Dabei wird es zu Konflikten mit den konkurrierenden VertreterInnen der anderen Aufgaben kommen, aber vielleicht auch zu Kooperationen.

Es ist wichtig, dass die Spielleitung jederzeit den Überblick behält und das Spiel abbricht, wenn das Aggressionspotential ein vertretbares Niveau überschreitet. Selbstredend müssen gefährdete Inventareinrichtungen (technische Geräte, Kunstwerke ...) entsprechend geschützt werden.

Mögliche Impulsfragen im Anschluss an das Simulationsspiel:

- Gab es „Gewalt“?
- Welche „Regeln“ (entspricht staatlichen Vorschriften, Gesetzen) gab es?
- Welchen Werten fühlten sich die Einzelnen verpflichtet?
- Gab es Kooperationen?
- Welche Nebenwirkungen gibt es, wenn jeder egoistisch sein Ziel verfolgt?

4. Lehren aus der Geschichte – gezogen in der Wirtschaftspolitik

John Maynard Keynes (1883 - 1946), der größte Ökonom der vergangenen Jahrhunderts, stellte die Annahmen der klassischen Theorie auf den Kopf. „Langfristig sind wir alle tot“ („In the long run we are all dead“) polemisierte er gegen den Glauben, der freie Markt werde irgendwann die Arbeitslosigkeit beseitigen und Wohlstand für alle schaffen. Markt ja - aber nicht in allen Bereichen¹¹ und staatlich überwacht, durch Gesetze und Kontrollinstanzen reguliert, so Keynes. Staat ja - kein fetter, aber auch kein schmalbrüstiger, sondern ein starker. Einer, der sich zurücknimmt in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Schulden aufnimmt („deficit spending“¹²) in Phasen eines wirtschaftlichen Abschwungs.

Einer, der durch (national-) staatliche Geldpolitik die Geldmenge und die Zinsen steuert und so im konjunkturellen Abschwung durch günstige Kredite Anreize für unternehmerische Investitionen bot.

Als im Juli 1944 - das Ende des Weltkriegs schien greifbar nahe - Vertreter aus 44 Ländern zur Neuordnung des Weltwirtschafts- und Weltwährungssystems in Bretton Woods zusammentrafen, war Keynes der „treibende Geist“. Er meinte, man könne alle Bereiche der Wirtschaft internationalisieren - mit einer Ausnahme: dem Geld. Die Verwerfungen der Weltwirtschaftskrise nach jenem Schwarzen Freitag vom 25.10.29¹³ noch klar vor Augen sollten weltweite Spekulationen gegen Währungen unterbunden werden. Keynes erzielte in Bretton Woods Kompromisse: ein Welt handelsabkommen (GATT, Allgemeines Handelsabkommen), durch das die Zölle zwischen den Staaten immer mehr gesenkt wurden. Es wurde die Gründung von internationalen Institutionen wie Weltbank und IWF vereinbart die damals stark vom Gedanken einer internationalen Gerechtigkeit getragen waren. Doch auf wesentliche Forderungen Keynes konnte man sich nicht einigen: Anstelle des allgemeinen Handelsabkommen (GATT), dessen Kern bloße Zollsenkungen waren, hatte Keynes die Gründung einer Internationalen Handelsorganisation (ITO) gefordert, die vor allem soziale Standards (Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung, Stärkung von Gewerkschaften ...) „internationalisiert“ hätte..

Keine Zustimmung fand auch Keynes Konzept einer gemeinsamen Verrechnungseinheit, die Bancor genannt werden sollte. Alle Exporte sollten in diese Weltwährung umgerechnet werden und Exportüberschussländer sollten Exportdefizitländern Zwangskredite zu günstigen Zinssätzen gewähren¹⁴. Die dahinter stehende Überlegung war, dass die Weltwirtschaft ein Nullsummenspiel ist: die Exporte des einen sind die Importe des anderen, der Vorteil des einen ist der Nachteil des anderen. Wer dauerhaft mehr importiert, als er exportiert, ist letztlich ruiniert. Und daran kann die Welt-

gemeinschaft wegen der damit verbundenen Gefahren für den Weltfrieden nicht interessiert sein. Statt der Einführung des Bancor einigte man sich auf feste Wechselkurse mit der Leitwährung des Dollars: die im Bretton Woods System zusammen geschlossenen Staaten fixierten die Wechselkurse ihrer Währungen (z.B. DM zu Dollar: etwa 4,10 DM zu 1 Dollar).

Immerhin lässt sich festhalten, dass dieser Kompromiss von Bretton Woods einigermaßen Wohlstand für immer größere Bevölkerungsteile - nicht nur in den westlichen Teilnehmerstaaten - erzielte. Doch der Kompromiss trug sein Scheitern in sich. Der Vietnamkrieg¹⁵ kostete den USA Milliarden Dollar - Mittel, die sich Staaten gerne durch den Druck der entsprechenden Banknoten besorgen. Da es nicht möglich war, die entsprechenden Goldreserven zu erwerben kündigte Präsident Nixon den Vertrag. Damit wurde es für Finanzinvestoren wieder rational, gegen Währungen zu spekulieren. Vor ein paar Jahren galt als interessanter Tipp, sich große Summen in Japan zu leihen. Dort ist der derzeitige Zinssatz bei 0,5 % und diese in USA anzulegen, dort sind 6 % möglich. Derlei Spekulationen haben wesentlich zu den Krisen von Mexiko (1994/95), der Tigerstaaten (1997), Russlands (1998/99) und Argentinien (2002) beigetragen, wo die Volkswirtschaften regelrecht ins Mittelalter zurückgebombt wurden. Die Bevölkerung bezahlte mit Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger. Verlierer waren aber auch amerikanische RentnerInnen, die nach dem Crash keine Bezüge mehr erhielten. George Soros, der größte Spekulant der Weltgeschichte, der den wiedervereinigungsbedingten deutschen Finanzbedarf erkannte, spekulierte gegen das englische Pfund und verdiente Millionen. Er hält aufgrund seiner unbezweifelbaren Sachkenntnis unser heutiges Weltwährungssystem für nicht zukunftsfähig: „Der Zusammenbruch des globalen Marktes wäre ein traumatisches Ereignis mit unvorstellbaren Folgen. Und doch kann ich mir das leichter vorstellen, als eine Fortsetzung des gegenwärtigen Regimes.“¹⁶.

5. Lehren aus der Geschichte – Einsichten des Widerstands gegen Hitler

In Freiburg diskutierten nach der Pogromnacht des 9. November 1938 Professoren in einem „Freiburger Konzil“ die Frage nach einem angemessenen Verhalten in einem gottlosen Unrechtsstaat. Besondere Mühe machte ihnen Römer 13¹⁷. Nach zähem Ringen entstand die Schrift: „Kirche und Welt“. Diese Denkschrift mag 1942 der Anlass für Dietrich Bonhoeffer gewesen sein, die Professoren zu besuchen. Er bat sie im Auftrag der Leitung der Bekennenden Kirche ein politisches Programm für die Nachkriegszeit zu erstellen. So gründete man einen zweiten Kreis, den Freiburger Bonhoeffer Kreis. Neben anderen wirkte dort der Ökonom Walter Eucken mit, der im Nachkriegsdeutschland wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards haben sollte.

In der Anlage 4 mit dem Titel „Wirtschafts- und Sozialordnung“ zur Denkschrift des Freiburger Bonhoefferkreises



(Titel: „In der Stunde Null“) heißt es:
„Unsere Arbeit gilt in erster Linie der Ge-

samtordnung des Wirtschaftslebens, weniger den Pflichten und Geboten, die nach christlicher Lehre für das Verhalten des einzelnen Menschen im Wirtschaftsleben gelten. So sehr wir davon durchdrungen sind, dass die Beachtung der ewigen Grundforderungen christlich begründeter Individual- Wirtschaftsethik für gesunde wirtschaftliche und soziale Zustände von allergrößter Wichtigkeit ist (...). Dagegen ist es eine besonders dringende Aufgabe, die Grundlagen der Sozial-Wirtschaftsethik christlich zu begründen (...). Worauf es uns ankommen muss, ist: eine Wirtschaftsordnung vorzuschlagen, die (...) den denkbar stärksten Widerstand gegen die Macht der Sünde ermöglicht (...) und es den Wirtschaftenden nicht unmöglich gemacht oder systematisch erschwert wird, ein Leben evangelischer Christen zu führen. (...) Die Gebote des Herren richten sich nicht nur an die einzelnen Menschen, denen sie die Nächstenliebe, die Betätigung in einem ordentlichen Berufe, die Achtung vor fremdem Eigentum, die Wahrung der Ehrlichkeit und Rechtlichkeit im Geschäftsleben aufgeben. Sie gelten auch für Gemeinschaften des Lebens und Schaffens, für den Inhalt der sie bestimmenden Ordnungen. Die Kirche muss daher auch zur Wirtschaftsordnung Stellung nehmen. (...) Sie weiß, dass keine Wirtschaftsordnung die Macht des Bösen in der Welt beseitigen kann, muss aber von jeder Wirtschaftsordnung verlangen, dass sie dem Ziele dient, dieser Macht zu widerstehen... (...) Die Wirtschaftsordnung muss darauf angelegt sein, dass die Erfüllung der ersten 3 Gebote nicht beeinträchtigt wird... Jede Wirtschaftsordnung muss das fünfte Gebot achten. (...) Auch aus dem 7., 9. und 10 Gebot folgt, dass eine Wirtschaft bestehen muss, in welcher ein Wirtschaftender der Nächste des anderen sein kann, also echte Gemeinschaft möglich ist. Die Wirtschaftsordnung darf nicht darauf hinauslaufen, dass die Menschen von der Erfüllung des 4. und 6. Gebotes abgehalten werden, muss vielmehr darauf hinwirken, dass ihre inneren Bindungen an die natürlichen und gebotenen Gemeinschaften, besonders an Familie und Volk, erhalten und gefestigt werden. Für das Verhältnis

Verfassung des Freistaates Bayern

und die Präambel bis einschließlich nachstehende Demokratische Verfassung

(in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998)

A U S Z U G

Art. 56

Sämtliche Mitglieder der Staatsregierung leisten vor ihrem Amtsantritt vor dem Landtag einen Eid auf die Staatsverfassung.

Art. 123

- (1) Alle sind im Verhältnis ihres Einkommens und Vermögens und unter Berücksichtigung ihrer Unterhaltungspflicht zu den öffentlichen Lasten heranzuziehen.
- (2) Verbrauchssteuern und Besitzsteuern müssen zueinander in einem angemessenen Verhältnis stehen.
- (3) Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern. Sie ist nach dem Verwandtschaftsverhältnis zu staffeln.

Art. 131

- (1) Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.
- (2) Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft, Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewußtsein für Natur und Umwelt.

Art. 133

- (1) Für die Bildung der Jugend ist durch öffentliche Anstalten zu sorgen. Bei ihrer Einrichtung wirken Staat und Gemeinde zusammen. Auch die anerkannten Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Gemeinschaften sind Bildungsträger.
- (2) Die Lehrer an öffentlichen Schulen haben grundsätzlich die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten.

Art. 138

- (1) Die Errichtung und Verwaltung der Hochschulen ist Sache des Staates. Eine Ausnahme bilden die kirchlichen Hochschulen (Art. 150 Abs. 1). Weitere Ausnahmen bedürfen staatlicher Genehmigung.
- (2) Die Hochschulen haben das Recht der Selbstverwaltung. Die Studierenden sind daran zu beteiligen, soweit es sich um ihre Angelegenheiten handelt.

Art. 147

Die Sonntage und staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der seelischen Erhebung und der Arbeitsruhe gesetzlich geschützt.

der Volkswirtschaften zueinander kann und muss die Kirche verlangen: dies Verhältnis darf nicht von Vergötzung es eigenen Volkes von rücksichtloser Ausbeutung anderer Volkswirtschaften beherrscht sein. ...“¹⁸

Solche Worte gelten heute als unmodern. Vielmehr werden die Exporterfolge des eigenen Landes (entspricht Vergötzung des eigenen Volkes und rücksichtslose Ausbeutung anderer Volkswirtschaften) gepriesen. Es wird die Unvermeidbarkeit von Flexibilität und Mobilität (die zwangsläufig Gemeinschaften und Familien zerstören) betont und die Notwendigkeit der Arbeit über den Werktag hinaus eingefordert. Hungerstote in der Welt (alle sieben Sekunden stirbt ein Kind an Folgen des Hungers) nehmen wir ohne Aufschrei hin. Zu ganz ähnlichen Schlüssen wie der Bonhoefferkreis kommt die Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises. Ihr Wirtschaftsfachmann, Horst von Einsiedel, schrieb:

„Ich glaube nicht, dass die Wirtschaft sich selbst überlassen werden darf, da die völlige wirtschaftliche Ungebundenheit weder Arbeit für alle gewährleistet noch eine sinnvolle Ordnung des Arbeitslebens ermöglicht.“ (...) „das christliche Liebesgebot soll ja nicht nur für individuelles ethisches Verhalten maßgebend sein (...), es muss auch als Norm für die Lösung der politischen Aufgaben dienen.“¹⁹ Entsprechend argumentiert auch Wilhelm Röpke, der aus Deutschland emigrieren musste und nach 1945 einen wichtigen Anteil am Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland hatte: „Mit anderen Worten: die Marktwirtschaft ist nicht alles. Sie muss in eine höhere Gesamtordnung eingebettet werden, die nicht auf Angebot und Nachfrage, freien Preisen und Wettbewerb beruhen kann.“²⁰

6. Lehren aus der Geschichte – gezogen in den Verfassungen und internationalen Abkommen

US-Präsident Franklin Delano Roosevelt formulierte die Erkenntnis, dass nicht die Konkurrenz zwischen den Staaten sondern das Kooperationsprinzip künftig gelten sollten wie folgt: „In diesem Kriegsjahr 1945 haben wir unsere Lektion gelernt und der Preis war furchtbar. Aber wir werden davon profitieren. Wir haben gelernt, dass wir nicht alleine auf der Welt leben können, dass unser Wohlergehen vom Wohlergehen weit entfernter Nationen abhängt. Wir haben gelernt, dass wir als Menschen leben müssen, nicht wie der Vogel Strauß mit dem Kopf im Sand, nicht wie der Hund im Zwinger. Wir haben gelernt, Bürger der Welt zu sein, Teil der menschlichen Gemeinschaft. Wir haben die einfache Wahrheit gelernt, dass wie Emerson sagte, der einzige Weg einen Freund zu haben ist, selbst einer zu sein.“

Die Bayerische Verfassung vom 2. Dezember 1946 räumte dem Staat eine starke Stellung zur Ordnung von Marktprozessen ein. „Angesichts des Trümmerfeldes (...) in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern“ (Präambel) und bestimmte, dass die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl zu dienen habe, „insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ (Art. 151, I). Sie verpflichtete den Staat, die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter zu überwachen (Art. 152). Sie erklärte in Art. 156 den „Zusammenschluß von Unternehmungen zum Zwecke der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht für unzulässig und verbot Kartelle, Konzerne und Preisabreden, „welche die Ausbeutung der breiten Massen der Bevölkerung oder die Vernichtung selbständiger mittelständischer Existenzen bezwecken“, stellte Klein- und Mittelbetriebe unter den Schutz des Staates (Art. 153), verfügte, dass Kapitalbildung nicht Selbstzweck sein dürfe, „sondern Mittel zur

Vierter Hauptteil Wirtschaft und Arbeit
1. Abschnitt Die Wirtschaftsordnung

Art. 151

- (1) Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.
- (2) (...) Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls. Gemeinschaftliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge sind rechtswidrig und nichtig.

Art. 152

Die geordnete Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfes der Bevölkerung wird vom Staat überwacht. Ihm obliegt die Sicherstellung der Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft.

Art. 155

Zum Zweck einer möglichst gleichmäßigen Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse aller Bewohner können unter Berücksichtigung der Lebensinteressen der selbständigen, produktiv tätigen Kräfte der Wirtschaft durch Gesetz besondere Bedarfsdeckungsgebiete gebildet und dafür Körperschaften des öffentlichen Rechts auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden. Sie haben im Rahmen der Gesetze das Recht auf Selbstverwaltung.

Art. 156

Der Zusammenschluss von Unternehmungen zum Zwecke der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und der Monopolbildung ist unzulässig. Insbesondere sind Kartelle, Konzerne und Preisabreden verboten, welche die Ausbeutung der breiten Massen der Bevölkerung oder die Vernichtung selbständiger mittelständischer Existenzen bezwecken.

Art. 157

- (1) Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft.
- (2) Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.

Art. 158

Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Missbrauch des Eigentums- oder Besitzrechts genießt keinen Rechtsschutz.

Art. 160

- (1) Eigentum an Bodenschätzen, die für die allgemeine Wirtschaft von größerer Bedeutung sind, an wichtigen Kraftquellen, Eisenbahnen und anderen der Allgemeinheit dienenden Verkehrswegen und Verkehrsmitteln, an Wasserleitungen und Unternehmungen der Energieversorgung steht in der Regel Körperschaften oder Genossenschaften des öffentlichen Rechtes zu.

- (2) Für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmungen können in Gemeineigentum übergeführt werden, wenn die Rücksicht auf die Gesamtheit es erfordert. Die Überführung erfolgt auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung.

Art. 161

- (1) Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Missbräuche sind abzustellen.
- (2) Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Art. 166

- (1) Arbeit ist die Quelle des Volkswohlstandes und steht unter dem besonderen Schutz des Staates.
- (2) Jedermann hat das Recht, sich durch Arbeit eine auskömmliche Existenz zu schaffen.
- (3) Er hat das Recht und die Pflicht, eine seinen Anlagen und seiner Ausbildung entsprechende Arbeit im Dienste der Allgemeinheit nach näherer Bestimmung der Gesetze zu wählen.

Art. 167

- (1) Die menschliche Arbeitskraft ist als wertvollstes wirtschaftliches Gut eines Volkes gegen Ausbeutung, Betriebsgefahren und sonstige gesundheitliche Schädigungen geschützt.
- (2) Ausbeutung, die gesundheitliche Schäden nach sich zieht, ist als Körperverletzung strafbar.
- (3) Die Verletzung von Bestimmungen zum Schutz gegen Gefahren und gesundheitliche Schädigungen in Betrieben wird bestraft.

Art. 168

- (1) Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn.
- (2) Arbeitsloses Einkommen arbeitsfähiger Personen wird nach Maßgabe der Gesetze mit Sondersteuern belegt.
- (3) Jeder Bewohner Bayerns, der arbeitsunfähig ist oder dem keine Arbeit vermittelt werden kann, hat ein Recht auf Fürsorge.

Art. 169

- (1) Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.

Art. 170

- (1) Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.
- (2) Alle Abreden und Maßnahmen, welche die Vereinigungsfreiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig und nichtig.

Entfaltung der Volkswirtschaft“ (Art. 157, I) und verpflichtetete das Eigentum „gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Mißbrauch des Eigentums- oder Besitzrechts genießt keinen Rechtsschutz“ (Art. 158). Sie sah Mindestlöhne vor, „die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen“ (Art. 169) und garantierte jedermann eine ausreichende Sozialversicherung (Art. 171).

Durch das Grundgesetz vom 23.05.1949 verpflichtet sich die Bundesrepublik in Artikel 1 auf die Menschenrechte, die ein halbes Jahr zuvor in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (10.12.1948) von den Vereinten Nationen feierlich verkündet wurden („Alle Menschen sind frei und gleich an Würde geboren ..., Art 1). Es bindet seine Bevölkerung in Artikel 2 I an das Sittengesetz - ein anderes Wort für die Goldene Regel (Matth. 7,12), die in allen Weltreligionen von zentraler Bedeutung ist und im Volksmund („Was du nicht willst, was man dir tu' ...“) sprichwörtlich wurde. Wie die Bayerische Verfassung verpflichtet es das Eigentum, „sein Gebrauch soll zugleich der Allgemeinheit dienen“ (Art. 14,II). Wie die Menschenrechte ist das Sozialstaatsgebot (Art. 20 I) durch die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 II und ein Widerstandsrecht (Art. 20 IV) doppelt gegen etwaige Angriffe gesichert. Das 1967 in das Grundgesetz eingefügte verbindliche Ziel für Bund und Länder, „den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen“ (Art, 109 II), beinhaltet 4 Ziele: Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht (die Höhe der Exporte soll der der Importe entsprechen) und angemessenes Wirtschaftswachstum.

Es ist hier nicht ausreichend Raum, umfassend darzustellen, wie in allen grundlegenden Texten der Nachkriegszeit von allen Parteien (etwa Ahlener Programm der CDU 1947, „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ...“), wichtigen Reden, Staatsverträgen und Erklärungen feierlich

auf die Prinzipien der christlich- humanistischen Grundwerte geschworen und diese für alle Zeit für verbindlich erklärt wurden.

7. Die Rückkehr des Marktgläubens

Nach jenem Schwarzen Freitag von 1929 hatte die klassische Nationalökonomie alles Vertrauen verloren. Ihre Kernaussage - vom freien Markt, der allen nütze, über die Annahme, dass sich jedes Angebot selbst seine Nachfrage schaffe etc. etc. - dienten allenfalls der Belustigung.

Es werde wohl zwei bis drei Generationen dauern, bis der Wirtschaftsliberalismus seine Rückkehr feiern könne - ahnten seine Vertreter um Friedrich August von Hayek bei einer Konferenz. Um die Zeit zu verkürzen müsse man Visionen und Utopien entwerfen, Think tanks und Netzwerke gründen.

Am 15. August 1971 verkündet Präsident Nixon das Ende des Bretton- Woods- Systems der Golddeckung des Dollars. In der Folge stiegen die Arbeitslosenzahlen in der westlichen Welt stark an²¹.

Am 11. September 1973 putschte das chilenische Militär - unterstützt vom US-Geheimdienst- gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende. Unter Beratung von Milton Friedman²² errichtete die Militärjunta ein marktliberales Regime, das - bis auf die staatlich garantierten Pensionsansprüche seiner Generäle - alle sozialen Absicherungen gegen die Risiken des Lebens (Krankheit, Pflege, Rente Arbeitslosigkeit ..) dem „freien“ Markt übertrug.

1979 gewann Maggy Thatcher die Wahlen in Großbritannien und baute den Staat nach privatwirtschaftlichen Vorbild um. Nach dem Motto „less government is good government“²³ mussten die Staatsdiener die ihnen unterstellten Bereiche und Aufgaben privatisieren und outsourcen. Sie mussten sich Wirtschaftskennntnis erwerben und sich einer regelmäßigen Aufgabenkritik stellen. In fünf Jahren wurden 100.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Entlang dem Menschenbild des Homo oeconomicus des Wirtschaftsliberalismus befand Thatcher

Art. 171

Jedermann hat Anspruch auf Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens durch eine ausreichende Sozialversicherung im Rahmen der Gesetze.

Art. 175

Die Arbeitnehmer haben bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen ein Mitbestimmungsrecht in den sie berührenden Angelegenheiten sowie in Unternehmungen von erheblicher Bedeutung einen unmittelbaren Einfluss auf die Leitung und die Verwaltung der Betriebe. Zu diesem Zwecke bilden sie Betriebsräte nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes.

Art. 176

Die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Glieder der Wirtschaft nehmen zusammen mit den übrigen in der Wirtschaft Tätigen an den wirtschaftlichen Gestaltungsaufgaben teil.

„There is no such thing as society“²⁴ - und verzichtete auf Rücksicht oder gar Förderung einer Sache, die es vermeintlich gar nicht gab, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Im Ergebnis, so John Gray, der damalige Cheftheoretiker von Thatcher, hat diese Politik letztlich „die Schwächung der traditionellen Bindekraft von Familien- und Gemeinschaftsleben“ bewirkt und die Kriminalitätsquote gesteigert²⁵. 1980 fand sie Unterstützung im neuen Präsidenten der USA. Ronald Reagan entwickelte eine Politikstrategie des „Starving the beast“²⁶ - wobei die Bestie im Sozialstaat bestand. Er griff den Staatshaushalt von der Einnahmen- und der Ausgabenseite zugleich an: er senkte die Unternehmenssteuern und die der Superreichen und entwickelt ein Weltraum- Militär- Programm („Star war“). Bald bescherte ein Blick auf die Haushaltsdefizite die entsprechenden Argumente für die vermeintliche Notwendigkeit, im Sozialbereich entsprechende Einsparungen zu versuchen. Der damalige Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff schrieb am 9. September 1982 ein „Konzept für eine Überwindung der Wachstumsschwäche und zu Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ Zwar seien mit den „Operationen 82 und 83“ seitens der sozial- liberalen Regierung Schmidt „richtige Schritte in richtiger Richtung unternommen worden.“ Doch jetzt sei es nötig, die Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt

[BSP]), die Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialausgaben am BSP), die Abgabenquote (Anteil der Steuern und Sozialabgaben am BSP) und die Kreditfinanzierungsquote (Anteil der öffentlichen Defizite am BSP) zu senken. „Die schlimmste soziale Unausgewogenheit wäre eine andauernde Arbeitslosigkeit von 2 Millionen Erwerbsfähigen oder gar mehr“, gab Lambsdorff bei damals 1,6 Mio. Arbeitslosen als Hauptziel aus. Wenige Tage später, am 1. Oktober 1982, wurde die Regierung Schmidt gestürzt. Es begann jene Epoche der „geistig - moralischen Wende“ unter Kanzler Helmut Kohl. Sie (und alle danach folgenden Regierungen) folgte jenem Lambsdorff-Papier in allen Punkten, wenn auch nicht in dem erhofften Tempo. Frühe Maßnahmen waren die Abschaffung des Schüler-BaFöG, die Umstellung des Studenten- BaFöG auf Darlehen. Es folgten unzählige Einschnitte in das Netz der sozialen Absicherung und des betrieblichen Schutzes der ArbeitnehmerInnen. Es wurden Staatsanteile privatisiert und verkauft. Ein Herzstück der „Reformpolitik“ war die Liberalisierung des Medienmarktes und damit verbunden, die nahezu vollständige Aufgabe des Bildungsauftrags der Medien, die Öffnung für Unterschichtfernsehen und eine so betriebene moralische und intellektuelle Verwahrlosung immer breiterer Schichten. Es erfolgten Privatisierungen von Bahn, Post, Telefon, vielerorts von Strom-, Wasser-, oder Abwasserversorgung. Mit Büchergeld (2008 wieder abgeschafft), G8, Studiengebühren wird ein immer schnellerer Weg in Richtung der Privatisierung der Bildung beschritten.

8. Folgen

Die von Lambsdorff behauptete Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in keiner Weise eingetreten. Die Graphik (Seite 19 oben) zeigt, dass seit der Wiedervereinigung 1991 die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 5,1 Millionen auf 2,7 Mio. (2005) gesenkt wurde. In dem Zeitraum stieg - rein rechnerisch - die Zahl der erwerbsfähigen Arbeitslosen. Dabei bleibt unberücksichtigt,

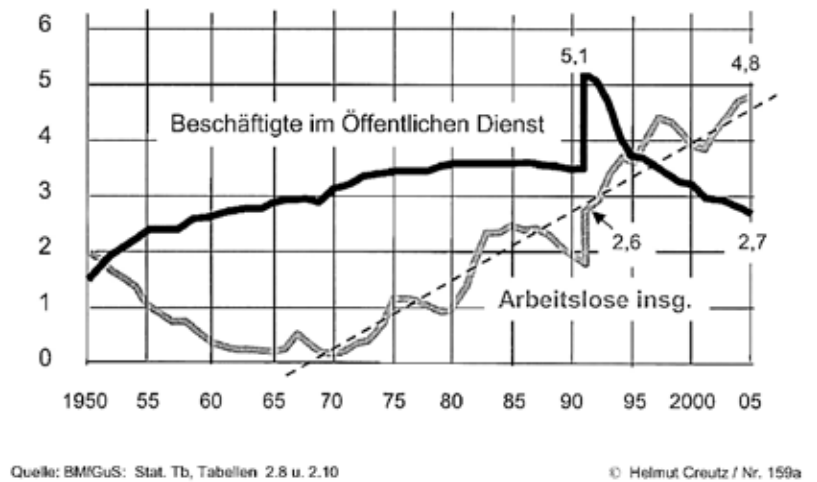
welche enormen Qualitätseinbußen viele Berufe erfahren haben (vom damals verbeamteten Briefträger zum heutigen Ein-Euro - Jobber). Die gleichen Maßnahmen sorgten für sinkende Löhne bei den Schwachen und steigenden Gehältern bei den Starken. Die so auf den Weg gebrachte Spaltung der Gesellschaft hat tausenderlei Nebenwirkungen: Nach einem Bonmot hätten die USA die gleiche Arbeitslosenquote wie Deutschland - würde man die Zahl der Inhaftierten auf das Niveau der Bundesrepublik senken. Gleiches gilt für die Zahl der „working poor“, der Ganztagsbeschäftigten, deren Einkommen zum Leben nicht ausreicht.

Während in Frankreich Jugendliche aus Protest Autos abfackelten, wie Ende 2005/Anfang 2006 und in England Jugendunruhen aufflammten, wie 2011, ist in Deutschland eher mit einem Erstarken des Rechtsextremismus zu rechnen. Dafür sprechen viele Zahlen - ebenso wie die Methode der Bekämpfung des Rechtsextremismus durch den Verfassungsschutz. Das Nichtverbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts der NPD offenbart die gesamte Lächerlichkeit des staatlichen Versuchs den Rechtsextremismus zu bekämpfen: Die NPD ist vom Verfassungsschutz unterwandert. Es sei daher nicht geklärt, welche verfassungswidrigen Aussagen der NPD und welche den Staatsschützern zuzurechnen seien.

Die Basis des aktuellen Rechtsextremismus sind besonders die sozialen Verwerfungen unserer Tage. Mit Sprüchen wie „Sozial geht nur national“ erreichen sie Menschen, die immer weniger glauben, dass sie in einem Lande leben, in dem es vor allem gerecht zugeht. Und in einer Staatsform - der Demokratie-, die in der Lage ist, die sozialen Probleme zu lösen. Die Strategie, durch verfassungswidrigen Standortwettbewerb²⁷, und also durch Exportoffensiven dank reduzierter Lohnkosten, geht genau nach hinten los. Die Politik des „beggar my neighbour“²⁸ führt dazu, dass Menschen aus ihren Ländern fliehen müssen. Sie suchen als so genannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ ein Überleben in den Gewinnerstaaten - und liefern durch ihre Mittellosigkeit den Rechtsextremen ungewollt Munition. Als zentrale Ursache für die Anfälligkeit gegenüber

rechtsextremen Gruppen ist wissenschaftlich eine „soziale Entwurzelung“ anerkannt, die nicht zuletzt durch die wirtschaftsliberale Politik, nach der es „keine Gesellschaft gibt“ (M. Thatcher) ins Werk gesetzt wird. Die Zerstörung von Familien und von sozialen Milieus durch eine Politik, die regionale (Umzüge, Arbeitspendlertum), zeitliche (Auflösung des Ladenschluss, Vermehrung von Nacht- und Wochenendarbeit) und soziale Mobilität (Bankdirektor wird Straßenkehrer) für die Lösung hält, gebiert tiefe Identitätsstörungen unter Kindern und Jugendlichen aus derlei mobilen Familien und Milieus. Sie öffnet eine Lücke für ein Identitätsangebot der rechtsextremen Feinde von Freiheit durch Gleichheit für alle.

Arbeitslosigkeit und Öffentlicher Dienst Vergleich und Wechselwirkungen in Millionen - 1950 bis 2005



Die Kluft zwischen Arm und Reich

Immer größere Unterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

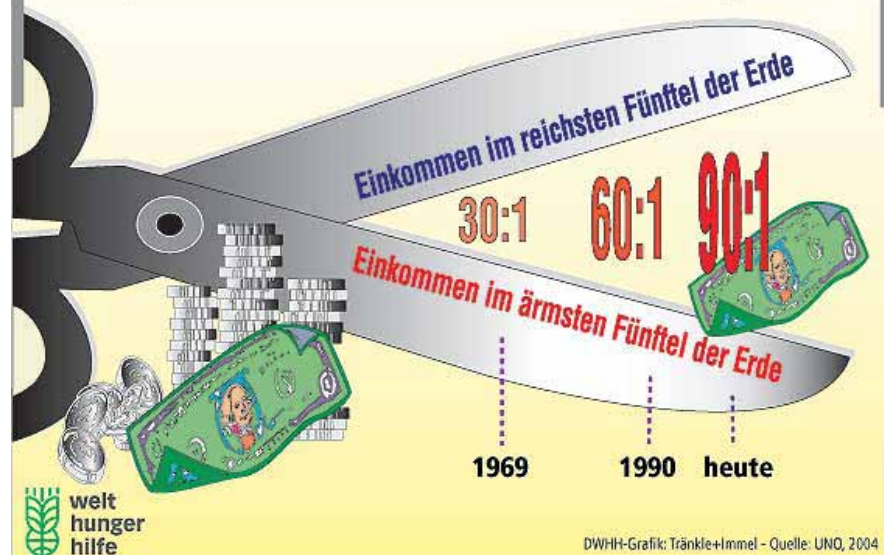


Figure 1:

Income Gains at the Top Dwarf Those of Low- and Middle-Income Households

Percent Change in After-Tax Income Since 1979



Source: CBPP calculations from Congressional Budget Office data.

cbpp.org

Anmerkungen:

- ¹ Hans Peter Martin, Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 1997
- ² ebenda Seite 314
- ³ Die Gruppe von Lissabon, Grenzen des Wettbewerbs, Lizenzausgabe für die Bundszentrale für politische Bildung, Bonn 1997
- ⁴ durch Aufnahme von Hypotheken und Anlage in Aktien
- ⁵ Zitiert nach der Rede von Jens Wernicke, Vorstandsmitglied des freien Zusammenschlusses von StudentInnenenschaften (fzs) auf der Demonstration gegen Studiengebühren am 3.2. 2005 in Essen. (<http://www.abs-bund.de/aktuelles/0835/>); Wernicke dort weiter: „Daneben forderte die Industrie staatliche Maßnahmen zur Senkung der Tariflöhne, die Lockerung der Tarifbindung, die Privatisierung von Staatsbetrieben und den vollständigen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, eine Reform der Krankenversicherung, die generelle Senkung der Steuern und eine Politik der ausgeglichenen öffentlichen Haushalte. Nur eine allgemeine, umfassende Kostensenkung werde die Konjunktur wieder in Schwung bringen.“
- ⁶ Zitiert nach Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, S53
- ⁷ Vertont bei „... was nicht in euren Lesebüchern steht“, <http://www.kultur-netz.de/literat/lyrik/kaestner/bank.htm>
- ⁸ Smith hat auch viele vernünftige Dinge geschrieben, die heute gerne übersehen werden: „Das Interesse der Kaufleute aller Branchen in Handel und Gewerbe weicht in mancher Stets vom öffentlichen ab, gelegentlich steht es ihm aber auch entgegen ... Jedem Vorschlag zu einem neuen Gesetz oder einer neuen Regelung über den Handel der von ihnen (den Kaufleuten) kommt, sollte man mit großer Vorsicht begegnen. Man sollte ihn auch niemals übernehmen, ohne ihn vorher gründlich und sorgfältig, ja sogar misstrauisch und argwöhnisch geprüft zu haben, denn er stammt von einer Gruppe von Menschen, deren Interesse niemals dem öffentlichen Wohl genau entspricht, und in der Regel vielmehr daran interessiert sind, die Allgemeinheit zu täuschen, ja sogar zu missbrauchen („Der Wohlstand der Nationen“, DTV 1996, S 213)
- ⁹ Entnommen: <http://www.ofdc.de/bek-2.html#cr-2> F.A. von Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ordnung, Bd. 2, Landsberg am Lech 1980, 112
- ¹⁰ Süddeutsche Zeitung Magazin Nr 25 vom 23.06.06, Ein Gespräch mit Milton Friedman, 93, dem Vordenker der freien Marktwirtschaft
- ¹¹ besonders im Bereich der „öffentliche Daseinsvorsorge“ (Verkehr, Wasser, Energie - alles, was alle Menschen für ihre Grundbedürfnisse benötigen und Soziales)
- ¹² Schuldenaufnahme
- ¹³ streng genommen begann die Krise am „Schwarzen Donnerstag“, dem 24.10.1929. Es dauerte jedoch, bis sich die Krise auf Deutschland bzw. Europa übertrug.
- ¹⁴ Angedacht waren auch Zinsen mit negativen Vorzeichen
- ¹⁵ endete nach etwa 30 Jahren am 30. April 1975
- ¹⁶ George Soros in John Gray, Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen, S 7
- ¹⁷ „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.“
- ¹⁸ Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband. Gütersloh 1999, In der Stunde Null. Eine Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer Kreises (1943)
- ¹⁹ Zitiert nach Dr. Björn Mensing, 30. Deutscher Evang. Kirchentag, Themenbereich 3: Wie werden wir handeln?
- ²⁰ Zeitfragen Nr. 25 vom 17.06.2002
- ²¹ Z.B. vervierfachten sich die Zahlen in Deutschland von 1973 auf 1974 von 1,2% auf 4,8% die heutige Geschichtsschreibung macht einseitig die damalige Ölkrise verantwortlich.
- ²² 1912 bis 2006, gilt als derjenige, der die Idee vom Freien Markt rehabilitierte und erhielt dafür 1976 den Nobelpreis
- ²³ Gute Regierung ist weniger Regierung
- ²⁴ „Es gibt keine Gesellschaft“
- ²⁵ John Gray, Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen (1998); Seite 47 Auf Seite 46 heißt es weiter: „Der Prozentsatz der inhaftierten Bevölkerung ist in Großbritannien deutlich höher als in irgendeinem EU-Land - wenn auch noch viel niedriger als in den USA -, und er wächst schnell. 1995 gab es fünfzigtausend Häftlinge in England, beinahe ein Drittel mehr als 1992.“
- ²⁶ Aushungern der Bestie
- ²⁷ ausweislich Artikel 109 II GG: „Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.“
- ²⁸ Beggar my neighbour - „Den Nachbarn zum Bettler machen“. Strategie, die eigene Arbeitslosigkeit durch dauerhafte Exportüberschüsse in die Nachbarländer zu exportieren.

Vision für eine bessere Welt anno 1940

„Es tut mir Leid, aber ich möchte nun mal kein Herrscher der Welt sein, denn das liegt mir nicht. Ich möchte weder herrschen noch irgendwen erobern. Sondern jedem Menschen helfen, wo immer ich kann. Den Juden, den Heiden, den Farbigen, den Weißen. Jeder Mensch sollte dem anderen helfen, nur so verbessern wir die Welt. Wir sollten am Glück des anderen teilhaben und nicht einander verabscheuen. Hass und Verachtung bringen uns niemals näher. Auf dieser Welt ist Platz genug für jeden und Mutter Erde ist reich genug, um jeden von uns satt zu machen. Das Leben kann ja so erfreulich und wunderbar sein. Wir müssen es nur wieder zu leben lernen. Die Habgier hat das Gute im Menschen verschüttet, und Missgunst hat die Seelen vergiftet und uns im Paradeschritt zu Verderb und Blutschuld geführt. Wir haben die Geschwindigkeit entwickelt, aber innerlich sind wir stehen geblieben. Wir lassen Maschinen für uns arbeiten und sie denken auch für uns. Die Klugheit hat uns hochmütig werden lassen und unser Wissen kalt und hart. Wir sprechen zu viel und fühlen zu wenig. Aber zuerst kommt die Menschlichkeit und dann erst die Maschinen. Vor Klugheit und Wissen kommt Toleranz und Güte. Ohne Menschlichkeit und Nächstenliebe ist unser Dasein nicht lebenswert. Aeroplane und Radio haben uns einander näher gebracht. Diese Erfindungen haben eine Brücke geschlagen von Mensch zu Mensch. Sie erfordern eine allumfassende Brüderlichkeit, damit wir alle eins werden. Millionen Menschen auf der Welt können im Augenblick meine Stimme hören. Millionen verzweifelter Menschen. Opfer eines Systems, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Unschuldige zu quälen und in Ketten zu legen. Allen, denen, die mich jetzt hören rufe ich zu: Ihr dürft nicht verzagen! Auch das bittere Leid, das über uns gekommen ist, ist vergänglich. Die Männer, die heut' die Menschlichkeit mit Füßen treten, werden nicht immer da sein. Ihre Grausamkeit stirbt mit ihnen, und auch ihr Hass. Die Freiheit, die sie den Menschen genommen haben, wird ihnen dann zurückgegeben werden. Auch, wenn es Blut und Tränen kostet, für die Freiheit ist kein Opfer zu groß. Soldaten ! Vertraut Euch nicht Barbaren an, Unmenschen, die Euch verachten und denen Euer Leben nichts wert ist. Ihr seid für sie nur Sklaven. Ihr habt das zu tun, das zu glauben, das zu fühlen. Ihr werdet gedrillt, gefüttert, wie Vieh behandelt, und seid nichts weiter, als nur Kanonenfutter. Ihr seid viel zu schade für diese verirrten Subjekte. Diese Maschinenmenschen mit Maschinenköpfen und Maschinenherzen. Ihr seid keine Roboter, Ihr seid keine Tiere, ihr seid Menschen! Bewahrt Euch die Menschlichkeit in eueren Herzen und hasst nicht. Nur wer nicht geliebt wird, hasst - nur, wer nicht geliebt wird. Soldaten, kämpft nicht für die Sklaverei, kämpft für die Freiheit. Im 17. Kapitel des Evangelisten Lukas steht: „Gott wohnt in jedem Menschen“ . Also nicht nur in einem oder einer Gruppe von Menschen. Vergesst nie, Gott lebt in Euch allen und ihr als Volk habt allein die Macht. Die Macht, Kanonen zu fabrizieren, aber auch die Macht, Glück zu spenden. Ihr als Volk habt es in der Hand, dieses Leben einmalig kostbar zu machen, es mit wunderbarem im Freiheitsgeist zu durchdringen. Daher im Namen der Demokratie lasst uns diese Macht nutzen. Lasst uns zusammen stehen, lasst uns kämpfen für einen neue Welt, für eine anständige Welt. Die jedermann gleiche Chancen gibt. Die der Jugend eine Zukunft und den Alten Sicherheit gewährt. Versprochen haben die das Unterdrücker auch, deshalb konnten sie die Macht ergreifen. Das war Lüge, wie überhaupt alles, was sie Euch versprochen, diese Verbrecher. Diktatoren wollen die Freiheit nur für sich, das Volk soll versklavt bleiben. Lasst uns diese Ketten sprengen. Lasst uns kämpfen für eine besser Welt, lasst uns kämpfen für die Freiheit in der Welt. Das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Nieder mit der Unterdrückung, dem Hass und der Intoleranz. Lasst uns kämpfen für eine Welt der Sauberkeit. In der die Vernunft siegt, in der Fortschritt und Wissenschaft uns allen zum Segen gereicht. Kameraden! Im Namen der Demokratie! Dafür lasst uns streiten!“

Aus: Charly Chaplin, Der große Diktator

- „Es ist eines der Rätsel unserer Tage,
- warum wir es Theokratie nennen und uns über Tyrannei beklagen, wenn die Religion jeden Bereich des Lebens bestimmen darf,
 - und wir es Totalitarismus nennen und uns über die Zerstörung der Freiheit beklagen, wenn ein Einparteiensstaat jeden Bereich des Lebens dominiert,
 - aber wir es Freiheit nennen und den Triumph der eindimensionalen Marktwirtschaft feiern, wenn die Wirtschaft und der private Sektor jeden Bereich des Lebens dominieren.“

Benjamin Barber, Soziologe, USA

„Wir haben immer die Wahl und sei's, uns denen nicht zu beugen, die sie uns nahmen“

Erasmus v. Rotterdam

- „Meine Klasse ist das gebildete Bürgertum, und ich möchte eine Welt, in der es Leuten wie mir gut geht. Aber das heißt, es muss den anderen auch gut gehen.“

John M. Keynes

- „Am meisten kann man über die Zukunft durch die Beschäftigung mit der Vergangenheit lernen“
nach W. Churchill

- „Oft kommt das Böse in der Maske des Guten.“
Dietrich Bonhoeffer

- Der Wirtschaftsliberalismus ist eine Theorie zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. Er ist eine politische Formel, die auch die negativ Privilegierten als Marktverlierer dazu bringen kann, ihr Schicksal als rechtmäßig und unvermeidlich zu akzeptieren.

Prof. Dr. Elmar Rieger
(Professur für Soziologie
an der Uni Bamberg)